

Aus dem Zweiten Vatikanischen Konzil: "Zuerst muß man den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge tun, und man darf nicht als Liebesgabe anbieten, was schon aus Gerechtigkeit geschuldet ist. Man muß die Ursachen der Übel beseitigen, nicht nur die Wirkungen." (Dekret über das Laienapostolat "Apostolicam Actuositatem", Nr. 8)

Auszug aus <http://www.offizin-verlag.de/aufsaeetze/3b153187a6eb1/1.html>

Sparen kostet. Zunächst natürlich diejenigen, die es sich nicht leisten können, sich das, was zuvor öffentlich war, privat anzueignen. "Die öffentliche Armut trifft eben nicht alle Bürger gleichermaßen. Sie trifft diejenigen härter, die auf die Schulen, Krankenhäuser, Straßenbahnen, Bibliotheken, Bäder und sonstigen öffentlichen Einrichtungen an Ort und Stelle angewiesen sind, die keine ‚freie Wahl‘ und in der Regel auch keine private Alternative haben, die sich nur begrenzt ‚selbst behelfen können‘" (M. Krätke 2001, S. 15).

Spar- / Sanierungserfolge in US-amerikanischen Unternehmen (1991 - 1993)	
<i>Gewünschtes Resultat</i>	<i>Prozentsatz der Unternehmen, die das gewünschte Resultat nicht erreichen</i>
Reduktion der Ausgaben	54
Gewinnsteigerung	68
Zunahme des cash flow	76
Produktivitätssteigerung	78
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	81
Reduzierung der Bürokratie	83
Verbesserung der Entscheidungsfindung	86
Zunahme der Kundenzufriedenheit	86
Absatzzunahme	87
Vergößerung des Marktanteils	88
Verbesserung der Produktqualität	91
Technologischer Fortschritt	91
Innovationszunahme	93
Quelle: Cameron 1994	

Wiederum kann man Großbritannien unter den konservativen Regierungen seit 1979 als Beispiel nehmen: Es ist, trotz aller scharfen Rhetorik der Sanier- und Sparkommissare in den aufeinanderfolgenden Regierungen (unter den Premierministern Thatcher und Major), nicht gelungen, den Umfang des Staatssektors wirksam zu reduzieren.

Nicht einmal der Umfang der staatlichen Sozialausgaben wurde nachhaltig gesenkt. Die öffentlichen Ausgaben hatten 1977/78 eine Größenordnung von 42,5 % des BSP erreicht, zehn Jahre später waren es 41,7 %; der Anteil der Sozialausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben betrug 1977/78 55,7 % und 1987/88 noch stets 55,6 % (23,7 % des BSP in 1977/78 und 23,2 % in 1987/88) (vgl. Pierson 1994, 147 ff.). Kein spektakulärer Erfolg.

Dafür hat sich allerdings die Struktur der Staatsausgaben deutlich verschoben. Eine Strukturveränderung, die Folgen hat:

Struktur der Staatsausgaben (Anteil an den Gesamtausgaben in %)								
Land	Staatsverbrauch		Sozialausgaben		Schuldzinsen		Investitionen	
	1980	1996	1980	1996	1980	1996	1980	1996
Belgien	30,0	26,9	32,8	35,3	10,2	15,7	7,0	2,2
Dänemark	46,9	40,5	29,2	34,5	6,9	10,7	6,1	3,2
Deutschland	41,3	39,7	24,2	28,3	3,8	7,3	7,0	4,4
Frankreich	38,6	34,5	33,3	33,2	3,1	7,2	6,9	5,5
Großbrit.	48,1	47,8	14,2	13,7	10,5	7,3	5,5	4,1
Italien	34,3	30,2	32,5	35,5	12,4	20,3	7,3	4,1
Niederlande	29,0	26,5	34,6	35,5	6,5	10,5	5,9	5,1
Schweden	47,0	40,1	22,2	25,5	6,6	11,0	6,9	4,1
Japan	30,6	26,8	24,5	33,1	9,8	10,4	19,1	18,4
USA	51,0	46,0	19,8	23,0	9,4	13,7	5,6	0,0

Quelle: Analytic Database OECD

Was also vor allem auf der Strecke bleibt, sind die öffentlichen Investitionen. Auf die Dauer wird jedes Land unter dem Diktat des Sparens ärmer. Weit ärmer als es ohne Sparen, bei gleichbleibender oder selbst steigender Staatsverschuldung, ohne die obligaten »Steuersenkungen« für Besser- und Bestverdienende, insbesondere für Vermögensbesitzer, sein würde. Der private Reichtum einiger Leute, in der Regel weniger, stieg und steigt, aber der »öffentliche« Reichtum schwindet dahin - ebenso wie das, was man auch in bürgerlichen Marktgesellschaften den »gesellschaftlichen« Reichtum oder Reichtum der Nation nennen kann. Die USA z.B. sind im Blick auf den Bildungs- und Ausbildungsstand ihrer Jugend sowie ihrer Gesamtbevölkerung ein armes und kein reiches Land, weit ärmer als die meisten europäischen Länder. Das gleiche gilt im Blick auf den Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung oder den Zustand der meisten öffentlichen Einrichtungen - von einigen Potemkinschen Großbaustellen einmal abgesehen.

Im Endeffekt aber trifft die Sparzwangpolitik nicht nur die traditionell und strukturell »Unterprivilegierten«. Auch die »neue Mitte« bleibt nicht verschont. Wenn der öffentliche Sektor radikal zurückgestutzt wird, merken wir das auf die Dauer alle, da wir auf lange Sicht alle die Kosten des Sparens wie die Langzeiteffekte der Privatisierungen zu tragen haben. Wie groß die sind, kann man sich ansatzweise anhand einiger Kostenvergleiche klarmachen. Man nehme das staatliche britische Gesundheitssystem, den National Health Service. Das US-amerikanische, überwiegend private Gesundheitssystem ist relativ mehr als doppelt so teuer wie das staatliche britische NHS (National Health Service). Allein die Verwaltungskosten (overhead costs) des privaten US Gesundheitssystem betragen mehr als das Doppelte dessen, was die Verwaltung des staatlichen britischen NHS kostet. Ähnlich fällt ein Vergleich zwischen staatlichen Rentenversicherungen und privaten Pensionsfonds aus: Der Verwaltungskostenanteil liegt bei der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung bei etwa 2 % der jährlichen Gesamtausgaben, bei vergleichbaren (US-amerikanischen und britischen) Pensionsfonds liegt er in der Regel 5 bis 10 mal so hoch. Die Beispiele lassen sich in Bezug auf private versus öffentliche Transportsysteme, private versus öffentliche Schulen und private versus öffentliche Sozialversicherungssysteme beliebig vermehren. Der Staatshaushalt wird mit jeder radikalen Privatisierung in der Tat »entlastet«. Aber gleichzeitig schießen die Kosten für die Gesellschaft bzw. alle, die Gesundheitsdienste, Transport- und Verkehrsdienste oder Versicherungsleistungen brauchen und in Anspruch nehmen, in die Höhe. Denn private Unternehmen, die vormals öffentliche Leistungen übernehmen, verhalten sich folgerichtig wie private Unternehmen, die eine Ware zu verkaufen und keinen öffentlichen Dienst zu leisten haben.

In der nachstehenden Tabelle werden Kanada, die USA und Großbritannien - alles Pioniere des harten Sparens - als »Konfliktökonomien« verglichen mit Deutschland, Japan, den Niederlanden, Norwegen und Schweden als Repräsentanten sogenannter »Harmonieökonomien«:

Tabelle 8 Einkommensungleichheit und ökonomische Leistung in einigen OECD-Ländern			
	Konfliktökonomien	Harmonieökonomien	Periode
Investitionsquote	10,8 %	14,2 %	1973 - 1989
Produktivitätssteigerung			
privater Sektor	1,1 %	1,9 %	1973 - 1989
Industrie	2,2 %	3,4 %	1973 - 1989
Arbeitslosigkeit	5,8 %	3,7 %	1973 - 1989
Einkommensungleichheit	4,9	2,9	Verschiedene

Quelle: van Witteloostuijn 1999, 262